Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 12

Artikel: Schicksalsjahr 1989 für den Bundesnachrichtendienst

Autor: Schlomann, Friedrich-Wilhelm

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-515550

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schicksalsjahr 1989 für den Bundesnachrichtendienst

Das Verhältnis zwischen den regierenden Politikern und den Bediensteten der Nachrichtendienste ist oft von Spannungen und Misstrauen geprägt, berühmte Beispiele aus der Geschichte belegen dies. Das Verhältnis Bundeskanzler – Präsident BND vor dem Fall der Mauer war besonders spannungsgeladen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Der Autor arbeitete ab 1949 auf der Universität Leipzig in einer Widerstandsgruppe gegen das DDR-Regime. Seine Freunde wurden zu je 2 × 25 Jahren verurteilt und überlebten Bautzen nicht. Er selber entkam in den Westen. Sein vor 1989 veröffentlichtes Buch über die östliche Spionage erregte Aufsehen bis in die USA. Er wurde von General Gehlen und von Dr. Wieck zu mehrstündigen Gesprächen eingeladen.

Nachrichtendienste (ND) erfüllen für ihren Staat eine sehr wichtige Funktion, indem sie Entwicklungen und potentielle Gefahren möglichst früh erkennen und es der politischen und militärischen Führung ihres Landes ermöglichen, auf Gefahrenpotentiale angemessen zu reagieren. In einen solchen Dienst gehören keine Interessenvertreter, sondern realistisch denkende Experten, die unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei ihrem Vaterland dienen. Ein Dienst kann mit eigenen Erfolgen kaum öffentlich auftreten, Pannen hingegen werden schnell bekannt. Die Gefahr, dass die politische Öffentlichkeit ein falsches Bild von ihrem eigenen Dienst bekommt, ist vorhanden.

Ein schwieriges Problem ist das Verhältnis zwischen einem Regierungschef und dem Chef seines ND; ideal wäre ein vollkommenes Vertrauensverhältnis zwischen beiden. Der Chef ND hat die Pflicht, dem Regierungschef die Wahrheit (im Sinne der nach bestem Wissen und Gewissen erlangten Erkenntnisse) mitzuteilen, gleichgültig ob dieser sie gerne hört oder nicht, stellen doch diese Informationen vielleicht sein eigenes Weltbild in Frage. Zudem kann er das Vorgetragene nicht überprüfen. Vielleicht befürchtet er, durch bestimmte Nachrichten manipuliert zu werden. Natürlich ist es ein unangenehmes Gefühl, dass ein anderer Mensch mehr wichtige Kenntnisse – wenn auch nur in Teilbereichen – besitzt, als man selber hat.

Dr. Hans-Georg Wieck, Präsident des BND 1985–90. Bilder: Archiv Autor

Die Entscheidung, ob überhaupt und wie die Analysen des ND zu werten sind, liegt allein beim Staatsoberhaupt; er bestimmt die Politik, trägt aber auch die Verantwortung. Mehrfach wäre es in der jüngeren Geschichte klüger gewesen auf seinen Dienst zu hören: Trotz wiederholter Hinweise seines Agenten Richard Sorge glaubte Stalin bis zuletzt nicht an den deutschen Einmarsch in die Sowjetunion. Hitler entliess General Gehlen, als dieser bereits im Januar 1945 den sowjetischen Vorstoss auf Berlin prognostizierte. 1990 musste London eingestehen, vom Zusammenbruch der DDR überrascht worden zu sein, obwohl seine Aufklärungseinheiten seit Herbst 1988 die dortige Stimmung als «voller Hass auf das Regime» kennzeichneten.

Die Bundesrepublik Deutschland

Ein Beispiel ist das damalige Westdeutschland mit dem Verhältnis von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Dr. Hans-Georg Wieck, der 1985 aus einer Notlage auf diesen Posten berufen wurde. Wieck war kein eigentlicher Nachrichtenmann, kannte aber als Botschafter der Bundesrepublik in der UdSSR die dortigen Verhältnisse und hatte als Leiter der westdeutschen Vertretung bei der NATO Ansehen und Vertrauen erworben. Beide waren dynamische, sehr energiegeladene Persönlichkeiten. Der Chef des BND gehörte nicht zu den Ja-Sagern, sondern vertrat seine Ansichten stets überaus deutlich; er sah die Wiedervereinigung kommen. Er hatte sehr schnell die Wirtschaft als die grosse Schwachstelle Sowjetrusslands erkannt. Bei einem Besuch Andropows in Westdeutschland hatte dieser ihm eingeräumt, die kommunistische These vom Zusammenbruch des Kapitalismus sei falsch; Moskau müsse daher mit dem Westen kooperieren. Die BND-Zentrale hatte keineswegs vergessen, dass nach Stalins Tod Beria 1953 gegen Wirtschaftshilfe die Einheit eines neutralen Deutschlands anbot, was indes die Westmächte verhinderten. Bereits 1986 meldete der Dienst, der Kreml suche eine strategische Neuorientierung; angestrebt werde eine Wirtschaftsreform, um das Land konkurrenzfähig zu machen. Angesichts der sowjetischen Situation sei Gorbatschow ernst zu nehmen.

Nach der Hitlerzeit und nach frühen Niederlagen des BND haben es geheime Institutionen in Deutschland nicht leicht. Von Pullach aus konnten zudem dienstliche und persönliche Vertrauensverhältnisse zu leitenden Persönlichkeiten in Bonn kaum entstehen. Kanzler Kohl machte aus seiner Geringschätzung des BND keinen Hehl, selbst nach 1989. Pullach warnte dringend, aber erfolglos vor der Einstellung Günter Guillaumes; Jahre später musste wegen dieses DDR-Spions Bundeskanzler Brandt zurücktreten. Kohl vertraute mehr der «ständigen Vertretung» der Bundesrepublik in Ostberlin. Für die dortigen Juristen war die DDR eine fremde Welt; sie sahen die aufkommenden Stürme nicht und gingen von einer Teilung Deutschlands auf lange Sicht aus.

Angesichts der ständigen Kriegsgefahr lag das Schwergewicht auf der Ausspähung der sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR. Die wirklich erstklassigen Erkenntnisse des BND wurden im NATO-Hauptquartier, im Gegensatz zu Bonn, äusserst geschätzt. In ihrem jährlichen Bericht zur Lage der Nation ging die westdeutsche Regierung früher von den Erkenntnissen des BND aus; mit Beginn der sozial-liberalen Regierung 1969 hingegen wurden die offiziellen Wirtschaftszahlen der DDR verwendet, nach denen diese die «zwölftstärkste Industrienation der Welt» war. Gewiss ist das Zitieren offizieller Statistiken anderer Länder üblich, schlimm war, dass man am Rhein jene Propagandazahlen tatsächlich glaubte; dabei war das Bundeskanzleramt aufgrund der BND-Berichterstattung stets in vollem Umfang informiert.

«Die Desintegration der UdSSR begann Ende 1990, knapp drei Monate nach der Wiedervereinigung Deutschlands.»

Bundeskanzler Kohl reagierte in sehr starkem Masse auf Meinungsumfragen, er lief dem völlig falschen Zeitgeist in Sachen Wiedervereinigung hinterher. Entgegen einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, aus der Präambel der Verfassung sei die «Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben», erachteten Anfang 1989 nur noch etwa 1 % der Bundesbürger dies als «wichtigstes politisches Problem». Es ist kein Ruhmesblatt, wenn im freien Teil Deutschlands wachsendes Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen im Osten festzustellen war, wenn die Berliner Mauer mit ihren Toten und die zweite deutsche Diktatur eine Selbstverständlichkeit wurden. Die Aufforderung des US-Präsidenten Reagan an Gorbatschow 1987 in Berlin wurde vielerorts als Provokation der DDR gegenüber gewertet. Das «Gemeinsame Papier» von 1987 zwischen der bundesdeutschen SPD und der SED der DDR bedeutete letztlich nichts anderes als der Verzicht auf Wiedervereinigung. Führende CDU-Kreise wollten im Parteiprogramm diese Frage abwerten. Die Einladung Kohls an SED-Chef Honecker nach Bonn (September 1987) basierte auf seinem Weltbild der langandauernden Teilung, die in Wahrheit vor ihrem Ende stand.

Schicksalsjahr 1989

Bereits im Sommer 1988 hatte Pullach für 1989 «gravierende Veränderungen in der DDR» angekündigt, während Bundeskanzleramtsminister Schäuble noch im Februar 1989 eine Lösung der deutschen Frage «auf absehbare Zeit» nicht erkennen konnte. Ohnehin zeigte das Kanzleramt kaum Interesse an BND-Nachrichten, dessen Erkenntnisse «fielen der Verachtung anheim», stellte damals die *Neue Zürcher Zeitung* fest. Es herrschte gegenseitiges Misstrauen, wie Wieck einmal verbittert erklärte. Bonn setzte Entspannung mit echtem Frieden gleich; tatsächlich stieg die östliche Spionage weiter an, während das Sicherheitsbewusstsein selbst bei hohen Bundeswehroffizieren nachliess. Dass die Bevölkerung der DDR die Wiedervereinigung mehr denn je herbeisehnte, hatte der Spionagedienst ermittelt; seine entsprechende Analyse wurde indes weder in Bonn noch in Washington, weder in London noch in Paris geglaubt. Im Herbst 1988 war es dem westdeutschen Dienst gelungen, ein Mitglied des Zentralkomitees der SED mit guten Verbindungen zu Honecker und dem Stasi-Chef Mielke auf seine Seite zu ziehen. Er berichtete bis zuletzt in kurzen Abständen über das Denken und die Pläne der DDR-Führungsspitze. Die DDR war für die Sowjetunion zu einem Ballast geworden; schon sieben Monate zuvor war in Bonn ein BND-Bericht eingegangen, Sowjetrussland sei angesichts seiner eigenen Situation nicht mehr in der Lage, Ostberlin zu unterstützen. Die BND-Analyse, für Moskau gebe es nur noch die Alternative, Kompromisse mit dem Westen zu suchen, fand beim westdeutschen Kanzler noch im Oktober keinen Glauben.

Generalmajor Reinhard Gehlen (1902–1979), erster Präsident des BND.

Bundeskanzler Kohl sah wenige Stunden vor dem Fall der Mauer die Wiedervereinigung «erst in Jahren». Erst später kam er zur Einsicht, dass deren Chance wahrscheinlich lediglich während eines begrenzten Zeitraums bestünde, während dem die Kreml-Führung dem Druck der regionalen Machtzentren des Riesenreiches noch widerstehen konnte. Tatsächlich begann die Desintegration der UdSSR bereits Ende 1990, nur knapp drei Monate nach der Wiedervereinigung Deutschlands! ■

Friedrich-Wilhelm Schlomann
Dr. iur utriusque
D-53639 Königswinter